

Italien in Aufruhr: Neues Gesetz gegen Leihmutterschaft sorgt für Protest!

In Italien sorgt ein neues Gesetz gegen Leihmutterschaft im Ausland für Streit. Ärzte wehren sich gegen Denunziationspflicht.

Rom, Italien - In Italien brodeln eine hitzige Debatte über ein neues Gesetz, das das Austragen von Kindern durch Leihmütter im Ausland verbietet. Diese Regelung, die bereits seit 2004 die kommerzielle Leihmutterschaft im Land unterbindet, wird durch strenge Strafen untermauert: Bis zu zwei Jahre Haft und Geldstrafen von bis zu einer Million Euro drohen italienischen Paaren, die ausländische Leihmütter in Anspruch nehmen. Die kritischen Stimmen sind laut, insbesondere von der Ärzteschaft, die als „Denunziation“ bezeichnete Aufrufe der Regierung strikt zurückweist, die Vermutung von Gesetzesverstößen an die Behörden zu melden.

Familienministerin Eugenia Roccella von Giorgia Melonis Fratelli d'Italia sieht in der Leihmutterschaft eine Bedrohung der traditionellen Familie und fordert Ärzte auf, solche Fälle zur Anzeige zu bringen. Der Präsident des italienischen Ärzteverbands, Filippo Anelli, kontert: „Unsere Aufgabe ist es zu heilen, nicht zu denunzieren.“ Der Vorstoß der Regierung hat bereits Protest aus verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen nach sich gezogen, da er vor allem homosexuelle und unfruchtbare Paare davon ausschließt, eigene Kinder zu bekommen. Jährlich nutzen schätzungsweise 250 italienische Paare Leihmutterschaftsdienste in anderen Ländern, überwiegend aus heterosexuellen Beziehungen. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter

www.radiobiefeld.de.

Details

Ort

Rom, Italien

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de